

sche Reifeprüfung wollte die saarländische Seite dem gymnasialen Zweig der Maréchal-Ney-Schule vorerst jedoch nicht zugestehen.

Wichtigster Verhandlungspunkt war natürlich die Universität des Saarlandes. Die von der Saardelegation angekündigte Umwandlung der Universität in eine Landesuniversität, wurde, wie es im Protokoll lakonisch heißt, *von französischer Seite zur Kenntnis genommen*¹⁸. Ähnlich gleichgültig nahm die französische Seite die Mitteilung einer vorgesehenen Reform der Universitätsverfassung im Zeichen einer deutsch geprägten akademischen Selbstverwaltung auf. Umso interessierter zeigte sie sich für die Frage nach dem künftigen Anteil französischer Professoren am Lehrkörper der Universität. Da die saarländische Delegation den Vorschlag eines *satzungsmäßig verankerten französischen Instituts*¹⁹ ebenso ablehnte wie das Angebot *von Stiftungslehrstühlen ..., die von der französischen Regierung bezahlt und besetzt werden sollten, wobei die saarländische Regierung außer einer Vorschlagsliste das Auswahl- und Ernennungsrecht haben sollte*²⁰, einigte man sich schließlich auf ein Quantum von sechs Lehrstühlen, die unter saarländischer Regie nach den Normen der neuen saarländischen Hochschulgesetze mit französischen Professoren besetzt werden sollten²¹. Das war für die französische Seite an sich ein mageres Ergebnis, das vor allem auf die etwas engherzige Haltung der saarländischen Delegation zurückzuführen war. Hier zeigte sich eine Reserve, die ihre Wurzeln in den noch sehr starken Ressentiments hatte, die die für den Zeitraum bis 1955 vermutete Romanisierungspolitik Frankreichs entstehen ließ und die noch lange an der Saar lebendig bleiben sollten. Diese schmerzlichen Nachgefühle zeigten sich am deutlichsten in der von Reinert wiederholt vorgetragenen Forderung nach einem „echten“ Kulturaustausch²², die jedoch vom Verhandlungspartner stets mit dem Hinweis auf das umfassendere Programm des deutsch-französischen Kulturabkommens zurückgewiesen wurde. Wenn diese Konferenz auch noch keine endgültigen Ergebnisse zeitigte, so kann man dennoch sagen, daß die saarländische Seite dort insgesamt recht erfolgreich verhandeln konnte. Die Fronten für ein neues Kulturabkommen waren praktisch so abgesteckt, daß eine besondere Belastung der kulturpolitischen Gestaltungshoheit des Saarlandes unwahrscheinlich geworden war. Der für die saarländische Seite gute Verlauf der Verhandlungen gründete letztlich in der deutlich erkennbaren Absicht Frankreichs, die „Akte“ Saar ohne viel Aufhebens zu schließen.

Dies wurde vor allem in der abschließenden Besprechungsrunde spürbar, als auf französischer Seite der Staatssekretär im Quai d'Orsay, Maurice Faure, die Verhandlungsführung übernahm und den Dialog mit dem Wunsch Frankreichs eröffnete, *die Saarverträge*

¹⁸ Niederschrift (siehe Anm. 6 auf S. 259), S. 7.

¹⁹ Schon im Mai 1956 hatte Frankreich im Rahmen von diplomatischen Konsultationen mit dem Bonner Außenministerium ein komplettes französisches Institut innerhalb der Saaruniversität gefordert. Nach Protokoll über die Besprechung der Staatssekretäre Hallstein und Faure am 15., 16. und 17. 5. 1956 in Paris, S. 6. Darüber hinaus forderte Frankreich damals, *daß der französische Unterricht an den Schulen in allen Stufen begünstigt* und ein deutsch-französisches Lyzeum in Saarbrücken errichtet wird. Ebenda, S. 6. LA Saarbrücken, Bestand KM – Mk 4803.

²⁰ Niederschrift (siehe Anm. 6 auf S. 259), S. 7.

²¹ Davon sollten drei an der philosophischen, zwei an der naturwissenschaftlichen und einer an der juristischen Fakultät eingerichtet werden. Niederschrift (siehe Anm. 6 auf S. 259), S. 8.

²² Vgl. dazu auch seine Ausführungen vor dem Landtag des Saarlandes bei der Beratung einer Großen Anfrage bezüglich der kulturellen Forderungen Frankreichs am 10. 7. 1956. Stenographische Berichte, 3. Wahlperiode, 19. Sitzung, S. 525 f.